

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr war erneut geprägt vom Rumgeeiere der schwarz-gelben Regierung und ihrer Uneinigkeit. Da wird selbst aus den Reihen der FDP eine „Phase der Sammlung“ gefordert. Das zeigt, nach dem schlechten Start wurschteln sie weiter. Der neue Verteidigungsminister verteidigt sich selbst. Er muss endlich die Unklarheiten um seine 180°-Wende bei der Neubewertung der Vorfälle in Kundus und die Entlassungen des Bundeswehr-Generalinspektur und des Staatssekretär Wichert beseitigen. Spätestens im Untersuchungsausschuss muss er Farbe bekennen.

Heute hat die Mehrheit der CDU-regierten Bundesländer im Bundesrat dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz wider besseres Wissen zugestimmt. Ihre Zustimmung wurde von Merkel erkaufte. Damit schneiden sie sich und vor allem ihren Kommunen tief ins eigene Fleisch. Allen Warnungen zum Trotz, hat die Bundesregierung das Gesetz durchgedrückt. Damit fehlen Bund, Ländern und Kommunen 2010, in der durch die Finanzkrise ohnehin angespannten Lage, weitere 8,5 Milliarden Euro, die nicht in Zukunft investiert werden können, sondern in Steuergeschenke für Hoteliers, Erben großer Vermögen und besserverdienende Familien fließen. Die Fehlentscheidung für das Gesetz wirkte sich auf dem zweiten Bildungsgipfel am Mittwoch als Bildungsentschleunigungsgesetz aus. Feste Finanzierungszusagen für den Ausbau der von Merkel deklarierten „Bildungsrepublik“ sind erneut ausgeblieben. Damit wurde die Zusage des Gipfels im letzten Jahr nicht eingehalten. Ministerin Schavan soll endlich anstatt vollmundiger Ankündigungen Konzepte mit konkreten Finanzierungsschritten vorlegen. Dazu kann sie auch gern von unserem Antrag abschreiben, den wir gestern eingebracht haben. Skandalös ist auch, dass die neue Arbeitsministerin von der Leyen die Betreuung der Arbeitslosen aus einer Hand in den JobCentern aufgeben will, auch gegen die Kritik der CDU-geführten Länder. Die Betroffenen müssen dann zu zwei Behörden laufen und die Bürokratiekosten steigen. Als deutliches Signal, haben wir diese Woche deshalb einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht.

Von der Klimakonferenz in Kopenhagen erhoffen wir uns für heute Nacht oder morgen ein Ergebnis, das in die richtige Richtung weist. Die Lage ist verfahren. Obama muss für die USA weitere Zugeständnisse machen, um China und andere Staaten mitzuziehen. Die Kanzlerin ist gefordert für Deutschland und die EU als Vorreiterin eine treibende Kraft in der letzten entscheidenden Runde zu sein. Hier muss sie bei den Schwellen- und Entwicklungsländern wieder gutmachen, was Minister Niebel an Vertrauen verspielt hat. Dazu gehört auch, dass sie sich international und national für die Einführung von einer Finanztransaktionssteuer einsetzt, die auch die Entwicklungsländer entlasten soll.

Dies alles zeigt deutlich, wir werden als stärkste Oppositionsfraktion dringend gebraucht, um Schwarz-Gelb unter Druck zu setzen und die besseren Alternativen aufzuzeigen. Dafür brauchen wir viel Kraft in 2010.

Euch allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE ANJA LINNEKUGEL, JUTTA BIERINGER, NICOLA HELLER,
VERA NICOLAY, STEFAN SCHUTZ
TELEFON (030) 227-530 48 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 18.12.2009 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|--|
| 02 Aktuelle Stunde: Minister Guttenberg verteidigt sich selbst | 08 Pakt für Studienqualität und gute Lehre |
| 03 Aktuelle Stunde: SPD fordert klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer | 09 Stärkere Projektförderung für kleine und mittlere Unternehmen |
| 04 Regierungserklärung zum Europäischen Rat vom 10./11. Dezember und zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen | 10 Keine Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit |
| 06 Umbau der Jobcenter verantwortungslos | 10 Keine Diskriminierung aufgrund sexueller Identität |
| 07 Verlängerung der Operation ALTHEA | 12 Kundus-Untersuchungsausschuss |
| 07 Verlängerung der Operation ATALANTA | 13 Erhalt der Seengewässer für die Öffentlichkeit |
| 08 Für eine Welt ohne Atomwaffen | 13 Medienkommentare zum Bildungsgipfel und zum Haushalt |

AKTUELLE STUNDE

Minister Guttenberg verteidigt sich selbst

Die von der Regierung für den 16. Dezember beantragte Aktuelle Stunde „Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan“ nutzte die SPD-Bundestagsfraktion, um von Verteidigungsminister Guttenberg endlich klare Antworten zu bekommen. Denn es stellen sich immer mehr Fragen zu den Vorgängen in Kundus, der sich anschließenden Informationspolitik des Verteidigungsministeriums sowie zu den Entlassungen von Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert.

Wie erwartet, blieb Guttenberg die Klarheit, die Parlament und Öffentlichkeit zu Recht von ihm erwarten können, weiterhin schuldig. Doch es war nicht zu übersehen, dass die Debatte um seine Person und seine Kehrtwende in der Bewertung der Vorgänge am 4. September in Kundus Spuren bei ihm hinterlässt. Er reagierte unsouverän auf die berechtigten Fragen und Vorhaltungen der Opposition und machte auch vor Verleumdung nicht halt.

Erst der Truppe gefallen wollen und beidrehen, wenn Wind von vorn kommt

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier erklärte, es gehe darum, herauszufinden, ob der Verteidigungsminister die Wahrheit gesagt habe oder nicht, als er vor dem Parlament den Eindruck erweckte, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und der ehemalige Staatssekretär hätten ihn getäuscht und Informationen vorenthalten. Auch interessiere ihn, welche Berichte am 6. November gefehlt hätten, die angeblich zu einer Neubewertung des Luftangriffs am 3. Dezember geführt hatten. Er selbst könne sich eine bewusste Täuschung durch den erfahrenen und hoch geachteten Generalinspekteur sowie den Staatssekretär nicht vorstellen. Er forderte Guttenberg auf, die Schreiben der beiden Personen, die aktuell in den Medien zitiert werden, dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen. Steinmeier wollte wissen, wie Guttenberg auf Basis des COM-ISAF-Berichts und des Berichts des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes den Luftangriff am 6. November als „militärisch angemessen“ bezeichnen konnte und am 3. Dezember zu einer völlig anderen Bewertung gekommen sei. Schließlich enthalte der Feldjägerbericht keine anderen Informationen als die, die der Verteidigungsminister vorgab bereits gekannt zu haben. Denn beide Quellen hätten auf Einsatzfehler und zivile Opfer hingewiesen. Diese 180°-Wende könne

sich Steinmeier nur so erklären, dass Guttenberg am 6. November der Truppe gefallen wollte und als er bemerkte, dass sich der Wind drehte, eben auch beigedreht habe. Damit irritiere Guttenberg die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Der sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold stellte fest, dass er in der Debatte nicht den Verteidigungsminister sondern den Selbstverteidigungsminister erlebe, der sich hinter den Soldaten verstecke. Wenn er so weitermache, dann zeige dies, dass er seinem Amt nicht gewachsen ist. Zudem wehrte sich Arnold gegen die von Guttenberg in der Debatte vorgebrachten und gegen ihn gerichteten Verleumdungen. Der Verteidigungsminister hatte den entscheidenden Teil eines Zitats von Arnold vom 8. September zu den Vorgängen im Kundus-Fluss bewusst weggelassen. Denn Arnold hatte damals gesagt „.... Doch gelte der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel auch im Umgang mit Terroristen.“

Die Bundesregierung war bereits zuvor den Fragen der Opposition während der Befragung der Bundesregierung und der sich anschließenden Fragestunde ausgewichen. Verteidigungsstaatssekretär Schmidt und Staatsminister von Klöden versteckten sich als Regierungsvertreter hinter dem Untersuchungsausschuss sowie hinter der angeblichen Verpflichtung zur Geheimhaltung von Informationen. Unsere Abgeordneten kritisierten, dass sie anstatt klare und vollständige Informationen von der Regierung zu erhalten, immer wieder neue Aspekte aus den Medien erfahren müssten.

SPD fordert klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer

Auch die Finanzwirtschaft muss endlich an den ungeheuren Lasten der Krise beteiligt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer Aktuellen Stunde deshalb die Bundesregierung aufgefordert, ein klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer abzulegen und endlich zu handeln.

Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent auf alle Finanztransaktionen könnte allein Deutschland nach Schätzungen zehn bis 20 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Damit könnten die finanziellen Folgen der Finanzkrise gerechter verteilt werden und helfen künftige Spekulationsanreize auf den Finanzmärkten zu dämpfen.

Einen wichtigen Beitrag könnte die Bundeskanzlerin leisten, wenn sie ihren vollmundigen Ankündigungen auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh und in ihrer Regierungserklärung endlich Taten folgen lassen würde. Deshalb muss sie dafür sorgen, dass die FDP in Person von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel die Finanztransaktionssteuer nicht verhindert. Bis zu einer international verbindlichen Finanztransaktionssteuer auf Ebene der G20-Staaten gilt es nun auf nationaler Ebene zu handeln und eine Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild einzuführen. Die seit 1694 in Großbritannien bestehende „Stempelsteuer“ beträgt 0,5 Prozent (Normalatz) bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) des Kurswertes auf Wertpapiergeschäfte an der Börse ab einem Umsatz von 1.000 Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt außerordentlich, dass die Forderung für eine „Steuer gegen Armut“ durch ein breites Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, Banken und Wissenschaft mittels einer Petition einen zusätzlichen Schub in Richtung internationale Armutsbekämpfung erhalten hat. Mit 50.000 Unterschriften wurde erreicht, dass eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss stattfindet. Diese große Unterstützung zeigt, dass viele Menschen eine Veränderung der Regeln auf den Finanzmärkten wollen. Es wird nicht mehr akzeptiert, dass milliarden schwere Boni an Investmentbanker ausgeschüttet werden und Renditewünsche von 25 Prozent immer noch die zentrale Handlungsmaxime vieler Banker sind.

Die Folgen der Krise sind weltweit sehr ungleich verteilt. Die meisten Entwicklungsländer können die daraus entstandenen Kosten nicht auffangen. Dies gefährdet den Zeitplan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Es ist nur vernünftig, die Länder zu unterstützen, die die Finanzkrise nicht verursacht haben und ihr am wenigsten entgegenzusetzen haben. Wir werden uns deshalb, unabhängig vom Ausgang der Petition im Bundestag, weiterhin für die Einführung der internationalen Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Die SPD hat mehrfach - und zuletzt in ihrem Regierungsprogramm sowie auf dem Dresdener Parteitag - eine internationale Umsatzsteuer für den Handel mit spekulativen Finanzprodukten gefordert. Folgerichtig hatte der ehemalige Finanzminister Steinbrück das Anliegen als Teil der Finanzmarktregulierung auf dem G 20-Gipfel eingebracht.

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Schwarz-Gelb sägt am Thron der Klimakanzlerin

Am 17. Dezember fand eine Regierungserklärung der Kanzlerin zum Europäischen Rat am 10./11. Dezember in Brüssel und zur UN-Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen statt. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion zwei Anträge zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundestag über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island (17/246) sowie über den spanischen Vorschlag für die Aufnahme von Verhandlungen über Vertragsveränderungen gemäß 48 EUV (Übergangsmaßnahmen betreffend der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments) (17/235) im Bundestag eingebracht.

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin erwiderten für die SPD-Bundestagsfraktion der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber, der europapolitische Sprecher Axel Schäfer und die stellvertretende entwicklungspolitische Sprecherin Bärbel Kofler.

Glaubwürdigkeit in Kopenhagen nicht aufs Spiel setzen

Ulrich Kelber erinnerte an die große Tradition, die Deutschland als treibende Kraft auf Klimakonferenzen habe. Er forderte die Kanzlerin auf, diese Rolle auch in Kopenhagen zu übernehmen. Dies ist die erste Klimakonferenz, zu der die Bundesregierung ohne einen gemeinsam beschlossenen Auftrag des Deutschen Bundestages fährt. „Der Grund dafür ist der Affront, den Bundesminister Niebel in der letzten Sitzungswoche hier vorbereitet hatte,“ hielt Kelber der Bundesregierung vor. Denn Niebel hatte festschreiben lassen, dass Deutschland seine finanziellen Zusagen an die Entwicklungsländer zum Klimaschutz mit bereits gemachten Zusagen zur weltweiten Armuts-, Hunger- und Seuchenbekämpfung verrechnet. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte deshalb einen eigenen Antrag ins Plenum eingebracht. Kelber warf der Kanzlerin vor, dass sie Niebel nicht gestoppt habe.

„Niebel-Kerzen“ schaden Deutschland

Die Herausforderungen für den Endspurt in Kopenhagen sind die Zurückhaltung der beiden Staaten mit dem größten Treibhausgasausstoß bei der Festlegung ihrer Reduktionsziele. Mit gut vier Prozent der Weltbevölkerung verantworten die USA über 20 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Auch, wenn sich dort manches beim Klimaschutz bewegt, wird das bisherige Angebot von vier Prozent Emissionsreduktion gegenüber 1990 den Herausforderungen nicht gerecht. Auch China muss trotz der bereits erfolgten Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz bei der Treibhausgasreduktion schneller werden. Weil China den Umstieg schneller bewältigen muss als die alten Industriestaaten, hat das Land einen Anspruch auf technologische und finanzielle Unterstützung. Und das gilt insbesondere für die ärmsten Länder der Welt.

Die zweite Herausforderung ist, die Entwicklungs- und Schwellenländer zu überzeugen, den Kampf gegen den Klimawandel, den sie nicht verursacht haben, zu unterstützen. Dafür sind Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft, sich finanziell zu engagieren notwendig. Schwarz-Gelb ist

das Angebot an die Entwicklungs- und Schwellenländer 420 Millionen Euro pro Jahr wert. Und das für eine Aufgabe, über die Merkel selbst gesagt hat, dass es dabei um die Grundlagen unseres Lebens gehe. Dem stehen Subventionen an die Hotellobby von gut einer Milliarde Euro gegenüber. Kelber forderte Merkel auf, in Kopenhagen nachzulegen und klarzustellen, „dass Deutschland sowohl zu seiner Zusage steht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Armutsbekämpfung zu geben,“ und zusätzlich Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung stelle. Zudem müsse auf den Trick verzichtet werden, die Ausgaben deutscher Firmen zur Erfüllung ihrer Klimaschutzaufgaben für Projekte im Ausland als Mittel für den internationalen Klimaschutz aufrechnen zu lassen. Dies hätten die Entwicklungs- und Schwellenländer längst durchschaut und sie hätten es statt. Niebel sei zu verdanken, dass Deutschland erstmalig mit dem peinlichen Negativpreis „Fossil of the day“ von etwa 450 Klimaschutzorganisationen ausgezeichnet wurde. Dies müsse die Kanzlerin nun wieder gut machen.

Bärbel Kofler betonte, dass die Bekämpfung von Armut und Klimawandel solide finanziert werden müsse. Sie verwies auf die Aussage des Generalsekretärs der Welthungerhilfe, dass Klimaschutz keine Entwicklungshilfe sei, sondern die Rückzahlung der Schulden für den Klimawandel. Sie hätte zu den mittel- bis langfristigen Zielen der Bundesregierung dazu nichts gehört. Der Haushalt für diese Aufgaben sei mutlos und zeuge vom Desinteresse Niebels. Unter der Regierungsbeteiligung der SPD wurde der Etat regelmäßig deutlich erhöht. Deutschland hat jetzt Vertrauen zerstört, weil Schwarz-Gelb das Ziel aufgegeben hat, bis 2010 0,51 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden.

Bundestag muss Lissaboner-Vertrag mit Leben erfüllen

Axel Schäfer bestätigte Merkels Aussage, dass mit dem Vertrag von Lissabon eine sichere Grundlage für die Europäische Union geschaffen worden ist. Jetzt müsse der Bundestag ihn mit Leben erfüllen. Die bisherige Umsetzung seit dem Inkrafttreten des Vertrages am 1. Dezember ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion kritisch zu bewerten. So seien die Besetzungen des ständigen Ratspräsidenten mit dem Belgier Herman van Rompuy und die der Hohen Beauftragten für die Auswärtigen Beziehungen mit der Britin Catherine Ashton sowie die des Deutschen EU-Kommissars mit Günther Oettinger nicht die besten Lösungen gewesen. Bei diesen Kandidaten haben der Europäische Rat und auch Deutschland keinen Mut bewiesen.

Die Entscheidung der Europäischen Innenminister über das SWIFT-Abkommen mit den USA noch am 30. November bezeichnete Schäfer als Affront gegenüber dem EU-Parlament, dem bereits einen Tag später durch den Lissabon-Vertrag mehr Rechte zugestanden hätte. Es sei auch schlecht von der schwarz-gelben Regierung gewesen, dass nicht deutlich wurde, welche Position Deutschland zum SWIFT-Abkommen hat. „Die FDP ist dagegen, die CDU dafür, aber eine Enthaltung ist das Gegenteil politischer Gestaltung,“ so Schäfer.

Die nächste Nagelprobe für den Bundestag sind künftige Vertragsveränderungen. Aktuell geht es um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island, die von der Union im Wahlkampf infrage gestellt worden sei. Ein weiterer Punkt ist die Vergrößerung der Sitzanzahl im EU-Parlament für die laufende Legislaturperiode von 736 auf 754 Sitze. Hier verwies Schäfer auf die staatsrechtlich problematische Situation, dass u. a. der Vorschlag im Raum stehe, dass Länder, denen mehr Sitze zustehen, für deren Besetzung Personen aus den nationalen Parlamenten delegieren können. Dagegen spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion aus, weil dies dem Grundsatz widerspricht, dass Mitglieder des EU-Parlaments in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt werden. In beiden Fällen muss die Regierung das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag herstellen. Das entspricht der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Lissabon-Vertrag und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Um dies zu unterstreichen, hat die SPD-Fraktion die beiden Anträge eingebracht.

ARBEIT**Umbau der Jobcenter verantwortungslos**

Schwarz-Gelb möchte die bewährte gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden aufgeben und auf getrennte Aufgabenwahrnehmung umstellen. Das heißt, die ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden. Für derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, sie müssen zu zwei Behörden gehen, müssen zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssen zweimal geprüft werden und sie bekommen zwei Bescheide.

Hintergrund für die Entscheidung ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund für verfassungswidrig erklärt hat. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben ARGEN und Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr. Da sich diese Strukturen aber als intakt und arbeitsfähig erwiesen haben, sollte eine Möglichkeit gefunden werden, mit einer Grundgesetzänderung die Modelle zu erhalten. Die Fraktion hat dazu zwei Gesetzentwürfe eingebracht (Drs. 17/181, 17/182). Die Gesetzentwürfe basieren auf dem noch von Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelten Vorschlag.

Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder hatten im März diesem Vorschlag zugestimmt, ebenso das CDU-Präsidium. Wer nicht zustimmte, war die CDU/CSU-Fraktion. Damit scheiterte eine vernünftige Lösung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit. Die neue schwarz-gelbe Regierung widersteht nun auch wieder einer vernünftigen Lösung und strebt einen Weg an, der die Arbeitsvermittlung auf unverantwortliche Weise erschwert. Sie setzen auf getrennte Aufgabenwahrnehmung. Dadurch würde eine extrem umständliche Verwaltungsstruktur aufgebaut, die unnötig Arbeitsaufwand und Mehrkosten für den Bund von jährlich 450 Millionen Euro und für die kommunalen Träger von 350 Millionen Euro verursacht. Diese zusätzlichen 800 Millionen Euro kommen nicht bei den betroffenen Hilfeempfängern an, sondern würden allein für mehr Bürokratie aufgewendet. Die Betreuung für Langzeitarbeitslose würde umständlicher und schlechter.

Die Bundesländer haben sich auf der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz mit einem eindeutigen Votum für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, die die Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung auf eine grundgesetzlich feste Grundlage stellt. Die Bundesregierung täte gut daran, auf die Länder zu hören.

Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung für Arbeitsuchende

Mit den Gesetzentwürfen werden die Voraussetzungen geschaffen, damit für die Träger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen auch künftig die Aufgaben gemeinsam wahrgenommen können. Dazu werden so genannte „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ als Anstalten des öffentlichen Rechts errichtet, in denen die Träger ihre Kompetenzen bündeln und die Hilfen einheitlich erbringen. Die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger bleiben für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben verantwortlich. Durch klare Aufsichtsstrukturen ist Transparenz für den Bürger und die Möglichkeit der Zuordnung der Verantwortung für die einzelnen Leistungen gegeben. Der Entwurf baut damit auf den Erfahrungen der Zusammenarbeit auf und entwickelt diese im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weiter.

Diese Lösung bietet sowohl den Arbeitsuchenden als auch den Beschäftigten verlässliche Strukturen, den geringsten Grad an Bürokratie und letztlich deutlich weniger Kosten als der Vorschlag der Bundesregierung.

AUSSEN**Verlängerung der Operation ALTHEA**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Entschließungsantrag (17/282) zur 2./3. Lesung des Antrags der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ALTHEA (17/180, 17/275) am 18. Dezember in den Bundestag eingebracht.

Wir haben der Fortsetzung der EU-geführten Operation ALTHEA für die kommenden 12 Monate zugestimmt. Bosnien-Herzegowina braucht auch 15 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton weiterhin die internationale Gemeinschaft und internationale Militärpräsenz durch die EU-geführte Operation ALTHEA, um die Stabilität im Land zu gewährleisten. Es bedarf nachdrücklicher Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft und einer klaren politischen Strategie, um die Phase der Stagnation in Bosnien-Herzegowina zu überwinden. Die Hauptverantwortung für die zukünftige Entwicklung liegt jedoch bei den gewählten Volksvertretern im Lande.

Von der Bundesregierung fordern wir deshalb in unserem Entschließungsantrag, Initiativen zu einem politischen Prozess für eine dauerhafte stabile Ordnung in Bosnien-Herzegowina. Dabei ist die Perspektive für einen EU-Beitritt unbedingt aufrecht zu erhalten. Zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bedarf es weiterer innerer Reformen inklusive einer Verfassungsreform, in Bosnien-Herzegowina um ein handlungsfähiges Staatswesen zu schaffen. Dann kann auch die Auflösung des Hohen Repräsentanten (OHR) und die Übergabe an den EU-Sondergesandten erfolgen. ALTHEA kann dann in eine militärische Beratungsmission überführt werden.

Als greifbares Zeichen der Anbindung an die EU und zur Überwindung der mentalen Mauern zwischen den ethnischen Gruppen sollte die Visumpflicht für Bosnien-Herzegowina bald möglichst abgeschafft werden. Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, bei der Rückführung der Flüchtlinge darauf zu achten, dass diese angemessene Lebensbedingungen - insbesondere menschenwürdige Unterkünfte - und die Möglichkeit erhalten, ihren Beitrag zum Aufbau der demokratischen und multiethnischen Gesellschaft zu leisten.

Verlängerung der Operation ATALANTA

Zur 2./3. Lesung des Antrags der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias“ (ATALANTA) (Drs. 17/179, 17/274) am 17. Dezember hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag (Drs. 17/279) eingebracht.

Die seit 2008 regierende, international anerkannte Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) unter Sheik Achmed hat im August 2008 das Djibouti-Friedensabkommen unterzeichnet und so einen neuen politischen Prozess im Land eingeleitet. Doch hat die Übergangsregierung TFG mit Unterstützung der im Land stationierten AMISOM erst in wenigen Teilen Somalias die Kontrolle. Fehlende staatliche Kontrolle und wirtschaftliche Not begünstigen die Entwicklung der Seeräuberei.

Mit der EU-geführten Operation ATALANTA geht die internationale Gemeinschaft gegen die Piraten vor. Insbesondere werden Schiffe mit Nahrungsmittelhilfe des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und internationale Handelsschiffe durch die beteiligten Seestreitkräfte geschützt. So konnten seit Beginn des Einsatzes alle Schiffe mit Hilfsgütern an Bord vor Angriffen geschützt und sicher nach Somalia gebracht werden. Deshalb haben wir der Verlängerung des Mandats zugestimmt.

Aber wir fordern, dass bei der Verlängerung des Mandates ATALANTA zwingend eine Perspektive für die Stabilisierung und die noch angestrebte Verbesserung der Sicherheit in den Gewässern vor Somalia auch ohne militärische Präsenz ausländischer Streitkräfte entwickelt wird. Deshalb muss der Kampf gegen Piraterie Hand in Hand gehen mit

- der Unterstützung des politischen Prozesses mit dem Ziel einer handlungsfähigen, legitimierten Regierung,
- der Hilfe bei der Schaffung von staatlichen Strukturen und Rechtssicherheit
- sowie der ausreichenden Lebensmittelversorgung.

Die Mission braucht künftig klarere Ziele. Dazu muss dem Parlament regelmäßig von der Regierung eine transparente Berichterstattung vorgelegt werden. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin für die Schaffung eines Internationalen Seestrafgerichtshofes zur Verfolgung der Piraten einzusetzen. Die internationalen sowie die eigenen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen von der Bundesregierung verstärkt werden, um dabei zu helfen wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen in Somalia zu entwickeln, die die Existenzgrundlagen und die Lebensbedingungen der Menschen auf friedlicher Basis gewährleisten.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Für uns ist eine atomwaffenfreie Welt keine Utopie, sondern eine realistische Vision. Dieses Ziel ist erreichbar. Frank-Walter Steinmeier hat als Außenminister in den letzten Jahren mit großem Einsatz für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung geworben. Wir haben jetzt durch die neue US-Regierung und die russische Kooperation eine realistische Chance auf substantielle Fortschritte bei der atomaren Abrüstung. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt auf einen Erfolg der amerikanisch-russischen Verhandlungen über ein START-Nachfolgeabkommen. Ein solcher Erfolg könnte auch ein wichtiger Impuls für einen ebenso erfolgreichen Abschluss der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai 2010 sein. Diese Konferenz ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer neuen Abrüstungspolitik.

Der Abzug taktischer Atomwaffen der USA aus Deutschland ist ein erster Testfall für den neuen Bundesaußenminister Westerwelle. Wir unterstützen dieses Ziel, erwarten von der Bundesregierung jetzt aber auch konkrete Schritte, die den vollmundigen Ankündigungen ihres Außenministers Taten folgen lassen. Unser Ansatz reduziert sich nicht auf die Frage des Abzugs taktischer Atomwaffen aus Deutschland. Wir fordern mit unserem Antrag: „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“ (Drs.17/242), den der Bundestag am 18. Dezember beraten hat, zusätzliche Initiativen der Bundesregierung zur Stärkung des Nichtverbreitungsregimes und zur Stärkung der Internationalen Atomenergieagentur. Darüber hinaus unterstützen wir auch zivilgesellschaftliche Initiativen für eine atomwaffenfreie Welt, die unter anderem Aktions- und Zeitpläne entwickeln, um die Atomwaffenarsenale bis 2030 schrittweise auf Null zu reduzieren.

BILDUNG

Pakt für Studienqualität und gute Lehre

Am 17. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“ (Drs. 17/109) eingebracht.

Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Offenheit unserer Hochschulen müssen Bund und Länder besser zusammenarbeiten. Weder der Bund, der mit der Neugestaltung des

Rahmenrechts den Bologna-Prozess begonnen hat, noch die Länder und Hochschulen, die den Prozess seitdem maßgeblich gestalten, dürfen sich aus ihrer Verantwortung stellen. Die Studierenden haben das Schwarze-Peter-Spiel mit gegenseitigen Schuldvorwürfen zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, dem Bund und den Ländern satt. Deshalb fordern wir, dass Bund und Länder in Verhandlungen zu einem „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“ zusammenkommen.

Folgendes soll der Pakt beinhalten:

- Bund und Länder sollen für bessere Studienbedingungen und gute Lehre in den neuen Bachelor/Master-Studiengängen in einem ersten Schritt mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für drei Jahre zur Verfügung stellen, so wie es Hochschulrektorenkonferenz und Wissenschaftsrat mehrfach angemahnt haben.
- Außerdem wollen wir ein höheres BAföG für mehr Studierende sowie Schülerinnen und Schüler erreichen. Dabei sind folgende Anforderungen zu berücksichtigen: die Erhöhung der Altersgrenzen und der Einkommensfreibeträge, die Einbeziehung berufsbegleitender Studiengänge und die Ausweitung der elternabhängigen Schülerförderung auf zu Hause wohnende Oberstufenschülerinnen und -schüler.
- Es muss eine Personaloffensive erfolgen, die zusätzliches Lehrpersonal bei Professoren, Juniorprofessuren und vor allem im Mittelbau ermöglicht. Ein gemeinsamer Wettbewerb „Gute Lehre“ soll die vorbildliche Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämiieren. Studienberatung und -betreuung müssen deutlich ausgebaut und auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden. Ein dialogorientiertes Zulassungsverfahren muss zügig umgesetzt und dabei die Teilnahme aller Hochschulen mit allen Studiengängen sowie die Entlastung der Studierenden gesichert werden.
- Zudem wollen wir erreichen, dass das sozial ungerechte Stipendienmodell von Schwarz-Gelb gestoppt wird. Dies will Schavan übrigens dadurch durchsetzen, dass sie die Zustimmung der SPD-Länder zu ihrem Stipendienmodell zur Bedingung für eine BAföG-Erhöhung macht. Das zeigt deutlich, ihr geht es nicht um die Anliegen der Studierenden, die von ihr angekündigte BAföG-Erhöhung ist schlichte Verhandlungsmasse.

FINANZEN

Stärkere Projektförderung für kleine und mittlere Unternehmen

Staatliche Projektförderung ist ein unverzichtbares Element der deutschen Forschungsförderung und muss weiter ausgebaut werden. Das Bundesforschungsministerium plant eine Steuergutschrift für alle Unternehmen ohne eine Beschränkung auf kleine und mittlere Unternehmen. Das bedeutet mangelnde forschungspolitische Gestaltbarkeit, fehlende Zielgenauigkeit und Bevorzugung großer Konzerne. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher in einem Antrag (Drs. 17/247) eine ergänzende steuerliche Förderung für kleine und mittlere Unternehmen.

Ein Großteil der gesamten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten wird in Deutschland in Unternehmen durchgeführt. Eine Evaluierung staatlicher Forschungs- und Innovationsförderung hat gezeigt, dass besonders kleine und mittlere Unternehmen weniger stark von der Projektförderung profitieren als Großunternehmen. Gleichzeitig sind es aber vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die einen Großteil neuer Arbeitsplätze auch im Bereich von Forschung

und Entwicklung bereithalten und schaffen. Deshalb ist es wichtig, auch angesichts der begrenzten finanzpolitischen Spielräume, bei der steuerlichen Förderung eine Begrenzung auf kleine und mittlere Unternehmen vorzunehmen.

In dem Antrag „Innovative KMU stärken – ein nachhaltiges steuerliches FuE-Förderkonzept vorlegen“ fordern wir die Bundesregierung u. a. auf, unverzüglich einen forschungspolitisch substantiellen und finanzpolitisch soliden Entwurf für die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben vorzulegen. Außerdem soll die Bundesregierung sicherstellen, dass die Einführung einer steuerlichen Förderung nicht zu Lasten der Projektförderung geht. Notwendig ist vielmehr, dass die zusätzlich für Bildung und Forschung zur Verfügung stehenden Mittel auch in den weiteren Ausbau der Projektförderung investiert werden.

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit steuerfrei lassen

Am 18. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten“ (17/244) beraten. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und eine eindeutige Zusicherung zu geben, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleibt.

In einer Debatte in Wissenschaft und Öffentlichkeit über steuerliche Subventionen wird unter anderem auch die Streichung der Steuerfreiheit der Sonn- und Feiertags- sowie der Nachtzuschläge diskutiert. Eine solche Forderung richtet sich vor allem gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter erschwerten Bedingungen Schicht- und Wochenendarbeit leisten müssen. Eine Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge hätte für weite Teile der Beschäftigten empfindliche Einkommenseinbußen von über 2 Milliarden Euro zur Folge. Besondere Brisanz erhält diese Forderung durch die derzeitige Steuerpolitik der neuen Koalition. In der Vergangenheit haben sich CDU, CSU und FDP für die Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge ausgesprochen. Durch die von der neuen Koalition auf den Weg gebrachten oder angekündigten Steuersenkungen zugunsten von Spitzenverdienern, Unternehmen und vermögenden Erben wird der ohnehin vorhandene enorme Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte noch weiter gesteigert. Dies erhöht den Druck zu Einsparungen. Bei einer Streichung oder Einschränkung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit würden Schichtarbeiter, Krankenschwestern und Polizisten die Steuergeschenke für die Reichen bezahlen.

INNEN

Für die Abschaffung von Kettenduldungen

Am 17. Dezember 2009 hat der Bundestag unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Altfallregelung) (17/207) in 1. Lesung beraten. Ziel unseres Gesetzentwurfes ist, dass Ausländer, wenn sie über mehrere Jahre geduldet wurden, aber nicht abgeschoben werden können, eine Aufenthaltserlaubnis und damit eine Perspektive auf Integration bekommen. Wir wollen damit so genannte Kettenduldungen abschaffen.

Gleichzeitig entwickeln wir mit unserem Gesetzentwurf die so genannte Altfallregelung fort, die die Große Koalition 2007 geschaffen hat. Damit sollen auch Personen erfasst werden, die derzeit eine so genannte Aufenthaltserlaubnis auf Probe nach der gesetzlichen Altfallregelung

haben. Nach dieser Regelung, die noch bis 31. Dezember 2009 gilt, müssen diese Personen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern können. Vielen der Betroffenen wird dies nicht gelingen. Deshalb wollen wir eine Regelung schaffen, die die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung dahingehend absenkt, dass auch das ernsthafte Bemühen um Arbeit als ausreichend erachtet wird. Wir wollen auch eine eigenständige Regelung für Personen, die in Deutschland einen Schulabschluss machen. Für Altfälle mit einer Aufenthaltsdauer von einem Jahrzehnt und mehr wollen wir eine noch weitreichendere Ausnahme von den allgemeinen Voraussetzungen erreichen.

Anders als die bisher geltende Altfallregelung verzichten wir mit unserem Entwurf auf einen einmaligen Stichtag, zu dem Betroffene den mehrjährigen Aufenthalt nachweisen müssen. Stattdessen soll es eine so genannte rollierende Regelung geben. Sie ist auch auf künftige Fälle anwendbar, sofern der jeweils im Gesetz festgelegte Zeitraum überschritten ist, und vermeidet so neue Kettenduldungen.

RECHT

Keine Diskriminierung aufgrund sexueller Identität

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen sind in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Einfachgesetzliche Diskriminierungsverbote haben die rechtliche Situation der Betroffenen zwar deutlich verbessert. Ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz schafft jedoch klarere Vorgaben. Letztlich steht es für das deutliche Bekenntnis, dass Gesichtspunkte der sexuellen Identität eine ungleiche Behandlung unter keinen Umständen rechtfertigen können. Wir haben deshalb am 15. Dezember einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in unserer Fraktionssitzung beschlossen (Drs. 17/254).

Als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Selektionspolitik hatte sich der Parlamentarische Rat 1948/49 dafür entschieden, neben dem allgemeinen Gleichbehandlungsgebot im Grundgesetz zu verankern, welche persönlichen Merkmale als Anknüpfungspunkt staatlicher Differenzierung schlechthin ausscheiden: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Zwei der im nationalsozialistischen Deutschland systematisch verfolgten Personengruppen fehlten in dieser Aufzählung: Behinderte und Homosexuelle. Im Rahmen der Überarbeitung des Grundgesetzes nach der Deutschen Einheit wurde 1994 das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Behinderung aufgenommen. In der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat sprach sich zwar eine Mehrheit für die Aufnahme eines Diskriminierungsverbots aufgrund der sexuellen Identität aus, die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde jedoch nicht erreicht (Drs. 12/6000, S. 54). Mehrere Landesverfassungen enthalten inzwischen ein Verbot der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität (.

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Kundus-Untersuchungsausschuss

Am 16. Dezember 2009 hat sich der Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in Kundus und der darauf folgenden Informationspolitik aus dem Verteidigungsausschuss heraus konstituiert. Vorsitzende ist Susanne Kastner. In der anschließenden Sitzung lagen bereits weit über 100 Beweisanträge vor. Davon hat die Regierung 28 Anträge zurückgestellt. Insgesamt sollen bislang rund 50 Zeugen befragt werden. Eine Reihenfolge, nach der sie geladen werden, hat der Untersuchungsausschuss nicht beschlossen. Sollte in der kommenden Sitzung des Ausschusses in der Haushaltswoche im Januar keine Einigung erzielt werden, so greift das Reißverschlussystem für die Zeugenladung. Dies bedeutet, dass der/die erste Zeuge/in von den Regierungsfractionen benannt wird und der/die darauf folgende von der Opposition. Die Befragungen wichtiger Zeugen werden, wie von SPD und Grünen gefordert, öffentlich stattfinden. Nur wenn es um konkrete militärische Vorgänge geht, tagt der Untersuchungsausschuss nicht öffentlich. Die Arbeit des Untersuchungsausschuss wird wenigstens ein Jahr in Anspruch nehmen.

Bereits im Januar will die SPD, dass Verteidigungsminister Guttenberg und die Kanzlerin dem Ausschuss Rede und Antwort stehen. Und das möglichst noch vor der Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar. Auch sollen der von Guttenberg entlassene ehemalige Generalinspektor Wolfgang Schneiderhan sowie der ebenfalls von ihm geschasste ehemalige Staatssekretär Peter Wichert zu den Vorgängen am und nach dem 4. September, aber auch zu denen nach dem Amtsantritt von Guttenberg, befragt werden. Außerdem will die SPD Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung, der am 27. November auf Grund der Kundus-Vorgänge zurücktreten musste, und Oberst Georg Klein, der den Luftangriff am 4. September befohlen hatte, im Untersuchungsausschuss anhören. Zudem fordern SPD und Grünen, dass die Bundesregierung dem Parlament endlich einen eigenständigen Bericht über die Vorgänge um den Luftangriff bei Kundus vorlegt. Diesen ist die Kanzlerin trotz Ankündigung seit langem schuldig geblieben.

WIRTSCHAFT

Erhalt der Seengewässer für die Öffentlichkeit

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Dezember 2009 den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Übertragung der bundeseigenen Seengewässer auf die neuen Länder“ (Drs. 17/238) beraten.

Bisher sind bereits rund 14.000 Hektar Gewässerflächen in den neuen Bundesländern verkauft worden. Ein weiterer Verkauf lässt befürchten, dass Badezonen, Stege und Wasserflächen nicht mehr uneingeschränkt für den Tourismus oder Angelsport genutzt werden können und außerdem das Fischereigewerbe beeinträchtigt wird. Es besteht auch die Gefahr, dass die Pflege der Gewässer nicht mehr sachgerecht erfolgt und sich dadurch die Wasserqualität verschlechtert.

Im Rahmen dieser Verkäufe von bundeseigenen Seengewässern ist es in mehreren Fällen zu Protesten von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunal- und Landespolitikern zur Verkaufspraxis der Bodenverwertungs- und verwaltungs- GmbH (BVVG) gekommen. In der Folge hat die BVVG den Verkauf von Wasserflächen im Sommer 2009 zunächst bis zum Jahresende gestoppt. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass im Rahmen dieses Moratoriums Verhandlungen zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern geführt werden, die auf das Ziel einer unentgeltlichen Übertragung des Eigentums der Seengewässer auf die neuen Länder ausgerichtet sind.

Unser Ziel ist die Aufforderung der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur unentgeltlichen Übertragung vorzulegen. Hier bei sollen die Interessen der Kommunen, der gewerbsmäßigen Fischerinnen und Fischer, Anglerinnen und Angler und die von Naturschutzeinrichtungen berücksichtigt werden. Die zeitliche Geltung des bestehenden Moratoriums soll solange ausgedehnt werden, bis die gesetzliche Regelung zur Übertragung der Eigentumsrechte auf die Länder Rechtskraft erlangt hat.

Medienkommentare zum Bildungsgipfel und zum Haushalt

Bildung nicht als Chefsache, sondern als Verhandlungsmasse

Insofern hat dieser zweite Bildungsgipfel nicht weit über den ersten vor einem Jahr hinausgeführt - trotz aller Bildungsrhetorik bleibt der Gesamteindruck: Erst geht es ums politische Kerngeschäft, um das Stopfen von Haushaltslöchern und um die Machtproben zwischen Bund und Ländern. Und erst, wenn in diesem Pokern nichts mehr geht, kommt die Bildung ins Spiel - ein "B-Thema" sozusagen, gerade gut genug für Ausgleichs- und Kompensationsgeschäfte. Das ist nicht Bildung als Chefsache, das ist Bildung als Verhandlungsmasse. (Quelle: NDR Info, 16.12.2009)

Bitteres für die Bildung

Der Bund bietet zwar mehr Hilfe an, die Länder aber stellen sich quer, weil sie sich nicht vom Bund treiben lassen möchten. Ohne eine Umverteilung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer wollen sie nicht mehr mitmachen. Das ist eine schallende Ohrfeige für die neue Bundesregierung. Die Länder haben dabei recht und unrecht zugleich. Sie haben recht, wenn sie sich mit Verweis auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die ihnen nichtsdestotrotz auferlegte Schuldenbremse wehren. Es war von Anfang an klar, dass die Länder ein großes Problem darin sehen würden, einerseits auf Einnahmen verzichten und andererseits die Schulden begrenzen zu müssen. Man kann nur staunen, wie sich Angela Merkel von Westerwelle und Seehofer treiben ließ, gegen diese Mauer zu laufen. Zugleich aber haben die Länder auch unrecht. Die Botschaft, die ihr Verhalten ausstrahlt, ist verheerend. Die Menschen interessieren sich nicht für Kompetenzfragen oder für die Feinheiten der Verteilung der Umsatzsteuer. Sie wollen wissen, ob der Staat sich angemessen um gute Schulen und gute Universitäten kümmert. So gesehen haben am Mittwoch alle verloren: Der Bund und die Länder, die Schulen und die Universitäten - und die Menschen, die sich ein gut ausgestattetes Bildungssystem wünschen. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2009)

Wäre es wirklich um Bildung gegangen ...

Entgegen allen Beteuerungen ging es eben nicht nur um Bildung, sondern auch um das Steuerpaket der Bundesregierung und die Frage, wie sich die noch widerspenstigen Länder zur Zustimmung bewegen lassen. Diese Verquickung führt dazu, dass erst im Sommer klar werden dürfte, wer überhaupt etwas von den zugesagten Milliarden hat. Dann werden Bund und Länder um die große Steuerreform 2011 und deren Finanzierung ringen, dann werden auch die zusätzlichen Bildungsmilliarden des Bundes Teil des Pokers sein. Für eine Koalition, die Bildung als zentrales Zukunftsthema bezeichnet, ist es peinlich, wenn dieses zur Verhandlungsmasse wird. (Quelle: Financial Times Deutschland, 17.12.2009)

Leben auf Pump

Haben Sie sich für das neue Jahr schon etwas vorgenommen? Vergessen Sie es! Sparen Sie lieber! Denn, wenn der Bundestag den Haushalt so absegnet, wie der Bundesfinanzminister ihn heute vorgelegt hat, haben Sie nächstes Jahr 1.050 Euro neue Schulden. Sie, ich, Ihre Kinder, Ihre Großeltern, jeder einzelne Bundesbürger. Eigentlich dürfen wir gar nicht sparen. Wir sollen

die Knete lieber auf den Kopf hauen, ordentlich konsumieren, damit die Wirtschaft nach der Krise wieder in Gang kommt. Ob das was nützt, weiß keiner so genau. [...] Und es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet ein Finanzminister, der immer als Hardliner galt, jetzt zum Schuldenkönig der Republik aufsteigt. Vielleicht sollten wir doch etwas sparen, denn, wenn 2011 die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse greift, dann wird es ganz, ganz bitter. (Quelle: ARD Tagesthemen, 16.12.2009)

Zehn verpulverte Milliarden

Nach außen hin argumentiert der Minister schlau, dass er die von Amtsvorgänger Peer Steinbrück gezogene Defizitlinie von 86 Milliarden Euro gehalten habe - als ob das allein eine Leistung wäre, zumal die Wirtschaftskrise die Einnahmen und Ausgaben des Bundes 2010 keineswegs so stark belasten wird, wie Steinbrück das noch im Juni befürchtet hatte. Rechnet man die jüngsten Zahlen zusammen, dann zeigt sich, dass Schäuble problemlos mit einer Neuverschuldung von etwa 76 Milliarden Euro ausgekommen wäre - oder anders herum formuliert: Der neue Finanzminister hat satte zehn Milliarden Euro verpulvert. Das ist umso ärgerlicher, als die Union zugleich ankündigt, dass allein 2011 bis zu 30 Milliarden Euro im Haushalt eingespart werden müssen. Die Folgejahre dürften ähnlich grausam werden. Wo aber gespart werden soll, und wer am Ende wie stark betroffen sein wird, das verschweigt der Minister. Wie man angesichts einer solchen Vernebelungstaktik erwarten kann, dass sich die jetzigen Steuersenkungen in mehr Privatkonsum niederschlagen und das "Wachstum beschleunigen" werden, wie es im schwarz-gelben Steuerentlastungsgesetz heißt, wissen wohl noch nicht einmal Seehofer und Westerwelle. Der Fehlstart der Koalition ist so oft beschrieben worden, dass man kaum mehr davon hören mag. Aber besichtigen kann man ihn jetzt. Im Haushaltsentwurf. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2009)

Wette auf die Zukunft

Diese Woche ist ein Ausblick auf das Jahr 2010. Zu sehen sind Verteilungskämpfe zwischen Bund und Ländern über einen Ausgleich für Steuersenkungen und über die Bildungsausgaben. Dazu kommt ein Haushalt mit einem hohen Gruselfaktor. Um 100 Milliarden Euro wird sich der Bund 2010 neu verschulden. Ein aberwitziger Rekord. Alle Versprechen, die Steuern zu senken oder mehr Geld für die Bildung auszugeben, sind ein Muster ohne Wert, wenn die Konjunktur 2011 nicht anzieht. Man kann im Salon lange über die Grenzen des Wachstums fachsimpeln. Ohne Wachstum aber bleibt die Regierung Merkel ein Schiff mit Schlagseite. (Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 17.12.2009)